

Präsident Franz Lüfter: Trend zu größeren Skigebieten belastet kleine Unternehmen

Bozen (gam) - "Zwoa Brettln, a gführiger Schnee" und möglichst viele Pisten, das lässt die Herzen der Skihasen höher schlagen - zum Leidwesen der Seilbahnunternehmen und Liftbetreiber. Denn vor allem die kleinen Betriebe können mit den immer höheren Ansprüchen ihrer Kunden nur schwer mithalten. "Seit 1999 überwiegt die Zahl der Unternehmen mit einem negativen Ergebnis", stellte gestern Frieda Raich von der Europäischen Akademie anlässlich der Vollversammlung des Verbandes der Seilbahnunternehmer fest.

Die Europäische Akademie (Eurac) nahm die Bilanzen von 53 Seilbahnunternehmen im Zeitraum von 1993 bis 2001 unter die Lupe. Aus dieser Untersuchung geht hervor, dass der Verschuldungsgrad der Unternehmen 2001 im Schnitt bei 53 Prozent lag. "Ab 50 Prozent kann man von einer erhöhten Verschuldung sprechen", ergänzte Raich. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 500.000 bis 2,5 Mio. Euro seien betroffen.

Franz Lüfter, Präsident des Verbandes der Seilbahnunternehmer, dem auch die Liftbetreiber angeschlossen sind, bestätigte das Problem. "Man kann davon ausgehen, dass eine große Zahl von Unternehmen Schwierigkeiten hat." Denn der Trend gehe immer mehr in Richtung größere Skigebiete. "Der Gast will sich immer mehr bewegen können und mehr Möglichkeiten haben, wie das zum Beispiel bei der Sellarunde der Fall ist", erklärte Lüfter. Kleine und mittlere Anlagen seien nicht mehr gefragt. Die einzige Rettungsmöglichkeit liegt in seinen Augen in der Unterstützung durch die Hotels, Institutionen und Verbände vor Ort sowie "von all denen, die vom Tourismus profitieren". "In Österreich sind zum Beispiel in den meisten Fällen Gemeinden, Tourismusvereine und lokale Verbände an den Anlagen beteiligt, sodass es nicht so wichtig ist, einen Gewinn zu erwirtschaften, wie dies bei den privaten Anlagen in Südtirol der Fall ist", erklärte Lüfter.

Der Großteil der Südtiroler Seilbahnunternehmer ist deshalb auf öffentliche Förderungen angewiesen, wie eine Umfrage zeigte, die die Eurac vergangenes Jahr durchführte. Rund 15 Prozent der befragten 66 Betriebe gaben an, ihre Betriebskosten ohne Finanzspritze des Landes nur schwer decken zu können, für rund elf Prozent sei dies ohne Förderung überhaupt nicht möglich. Immerhin sagten 67 Prozent, dass sie es schaffen würden, ihre

Betriebskosten selbst zu decken. Schlechter sieht es hingegen bei den Investitionen aus: Ausgaben für neue Anlagen sind laut Umfrage für rund 45 Prozent der Befragten nur mit Beiträgen möglich.

Ein Zusammenschluss von kleineren Betrieben würde, wie Eurac-Mitarbeiterin Raich ausführte, von vielen Unternehmen begrüßt: Rund 46 Prozent der Befragten hielten diese Möglichkeit für sinnvoll, um dem Finanzierungsbedarf und den wachsenden Ansprüchen gerecht zu werden. 34 Prozent hätten sich bereits zusammengeschlossen. "Gegen einen Zusammenschluss spricht in erster Linie der Protest der Umweltschützer und dass man selbständig bleiben wolle", sagte Raich.